## Geset : Sammlung

für bie

Königlichen Preußischen Staaten.

## No. 12.

(No. 1361.) Allerhöchste Kabinetsorber vom 14ten Mai 1832., betreffend die Anwendung st god - How. Diener zu ben Gemeinelasten, auf städtische, landschaftliche und andere, nach der Bezeichnung des Landrechts S. 69. Tit. X. Pars II., als mittelbare Staatsbiener zu betrachtende Beamte.

Da in der revidirten Städte-Ordnung S. 39. bestimmt ist, daß die städtischen Beamten, in Ansehung ihrer Beiträge zu den Gemeinelasten, wie die Staatsdiener behandelt werden sollen; so setze Ich, nach dem Antrage des Staatsministerii vom 27sten v. M., hierdurch fest: daß daß Gesetz, über die Heranziehung der Staatsdiener zu den Gemeinelasten, vom 11ten Juli 1822., in allen Städten, in welchen die Kommunal Albgaben in der Form einer allgemeinen Einkommensteuer erhoben werden, auch auf städtische, landschaftliche und andere, nach der Bezeichnung des Landrechts S. 69. Tit. X. P. II. als mittelbare Staatsdiener zu betrachtende Beamte in Anwendung gebracht und hiernach die Bestimmung im S. 8. des gedachten Gesetzes, in soweit sie die vorbezeichneten Beamten betrifft, abgeändert sehn soll. Das Staatsminisserium hat diese Vorschrift gesetzlich zu publiziren. Berlin, den 14ten Mai 1832.

Friedrich Wilhelm.

An bas Staatsministerium.

(No. 1362.) Bertrag zwischen Preußen und Anhalt=Bernburg, den Beitritt des Letztern zu bem, zwischen Preußen, Anhalt=Köthen und Anhalt=Dessau, wegen gegenseitiger Aushebung des Elbzolles unterm 17ten Juli 1828. geschlossenen Bertrage, betreffend. Vom 17ten Mai 1831.

Durchlaucht zu Anhalt, in der Absicht, den am 17ten Juli 1828. zwischen Preußen, Anhalt=Köthen und Anhalt=Dessau, wegen gegenseitiger Aushebung des Eldzolles abgeschlossenn Bertrag, zu welchem der Beitritt im Artikel 8. desselben Seiner Herzoglichen Durchlaucht vorbehalten worden, auch auf die Anhalt=Bernburgischen Lande auszudehnen, haben Bevollmächtigte ernannt, nämlich:

Jahrgang 1832. — (No. 1361. 1362.)

X

Geine

Seine Majestat ber Konig von Preußen: Allerhöchst=Ihren Geheimen Legationsrath, Albrecht Friedrich Gich horn, Ritter bes Koniglich : Preußischen rothen Abler : Orbens 3ter Rlaffe, Inhaber bes eifernen Rreuges 2ter Rlaffe am weißen Bande zc. 2c.

und

Seine altestregierende Herzogliche Durchlaucht zu Unhalt: Bochst=Ihren Geheimen Legationsrath, Friedrich Wilhelm Lubwig Freiherrn von Salmuth,

welche, nachdem die Sinderniffe, die bis jest jenem Beitritte entgegenstanden, burch ben heute, wegen Regulirung ber Schiffahrts - Abgaben auf ber Saale, zwischen Preußen und Anhalt-Bernburg abgeschloffenen Bertrag, beseitigt worden, nachstehende Uebereinkunft, mit Vorbehalt ber Genehmigung, verabredet haben:

Art. 1. Seine altestregierende Herzogliche Durchlaucht zu Unhalt treten bem, am 17ten Juli 1828. zwischen Preußen, Unhalt-Rothen und Anhalt-Deffau, wegen gegenseitiger Aufhebung bes Elbzolles abgeschlossenen Bertrage bei.

In Folge dieses Beitritts kommen vom Isten Juli b. J. ab folgende Be-

stimmungen in Anwendung.

Urt. 2. Bon allen Gegenständen, welche auf ber Elbe

a) im Anhalt = Bernburgischen Gebiete eingeladen worden sind, um in bas Preußische, Unhalt-Rothensche ober Anhalt-Deffauische Gebiet eingeführt zu werden, oder

b) aus dem Austande nach dem Anhalt = Bernburgischen Gebiete eingehen, mit

ber Bestimmung, bort zu bleiben, ober

c) in bem Anhalt = Bernburgischen Gebiete eingelaben worden sind, um burch das Preußische, Anhalt = Rothensche oder Anhalt = Deffauische Gebiet ins Alusland verschifft zu werden,

foll weder an den Preußischen Elbzollstellen, noch an denen Ihrer Herzoglichen Durchlauchten ber Herzoge zu Unhalt=Bernburg, Anhalt=Rothen und Anhalt= Deffau, der traktatenmäßige Elbzoll erhoben werden.

Urt. 3. Gben fo foll auch von allen Gegenständen, welche auf der Elbe

a) in dem Preußischen, Unhalt-Rothenschen und Unhalt-Deffauischen Gebiete eingeladen worden sind, um in das Anhalt=Bernburgische Gebiet eingeführt zu werden, ober

b) aus dem Auslande mit der Bestimmung nach dem Preußischen, Anhalt-

Rothenschen und Unhalt = Deffauischen Gebiete eingeben, ober

c) im Preußischen, Anhalt=Rothenschen und Anhalt=Deffauischen Gebiete ein= geladen worden find und durch das Unhalt-Bernburgische in das Preußische, Anhalt = Rothensche und Anhalt = Deffauische Gebiet ober in bas Ausland verschifft werden, continue on - centimand ber

(Nucceepen zu Berfig ben 7fcn Juni 1932.)

ber traktatenmäßige Elbzoll an den Zollstellen der gedachten Staaten nicht erhoben werden.

Ausgenommen sind jedoch Waaren, welche aus dem Packhofe in Noßlau nach dem Auslande ausgeführt werden sollen. Wie von diesen der Elbzoll, und zwar in dem vollen Saße, der Preußen für die ganze Strecke von Wittenberge bis Mühlberg traktatenmäßig gebührt, Preußischer Seits erhoben wird, so ist derselbe ferner auch traktatenmäßig an Unhalt-Bernburg zu entrichten.

Art. 4. Die Abgabe von den Fahrzeugen oder die Rekognitionsgebühr wird nur dann erhoben werden, wenn die Schiffe nicht innerhalb des Preußischen und Anhaltischen Gebiets verbleiben, sondern die Bestimmung haben, ihre Fahrt

in das Alusland fortzuseten.

Art. 5. An die Stelle des Elbzolles und der Rekognitionsgebühr, wo beibe nach vorstehenden Bestimmungen wegkallen, dürken keine andere Belastungen treten. Doch versteht es sich von selbst, daß der Erhebung der tarismäßigen Ein= und Ausgangs=Albgaben, welche Preußen, in Folge der besonderen Berträge mit Ihren Herzoglichen Durchlauchten von Anhalt=Bernburg, Anhalt=Röthen und Anhalt=Dessau zusieht, durch die gegenwärtige Uebereinkunft kein

Eintrag geschehen soll.

Urt. 6. Wie mit Rucksicht auf die gegenseitige Aufbebung des Elbzolles, unter denselben Umständen, unter welchen dieser Boll nicht entrichtet wird, im Berhaltniß Preußens zu Unhalt-Rothen und Anhalt-Deffau, auch auf ber Saale Preußischer Seits statt aller bisherigen Abgaben nur die Schleusengefalle, welche zur Instandsetzung und Unterhaltung ber Schleusen nach bem Tarife vom 31 fien Dezember 1826. bestimmt find, Anhalt = Rothenscher Seits aber bas bisherige Seilgeld bei Rienburg, nur in einem vorläufig auf 4 gGr. von bem Schiffe, für welches die Genkung des Seils geschieht, fesigeseten Betrage, erhoben wird, fo machen Sich Seine altestregierende Berzogliche Durchlaucht zu Unhalt gegen Preußen anheischig, vom Isten Juli d. J. ab, so lange der gegen= wartige Beitrittsvertrag in Rraft bleibt, im Berhaltniß zu Unhalt-Rothen und Anhalt = Deffau, bei gleicher Herabsetzung des Seilgeldes bei Rienburg auf 4 gGr., auch nur das Schleusengeld bei Bernburg und bas Seilgeld bei Groß = Wirsch= leben in bem Befrage erheben zu laffen, wie beibe zwischen Preugen und Anhalt= Bernburg in bem heute wegen Regulirung ber Schiffahrts = Albgaben auf ber Saale unterzeichneten Vertrage, normirt worden find.

Urt. 7. Die etwa erforderlichen Maaßregeln zur Verhütung von Untersschleifen sollen zwischen dem Königlich = Preußischen Generaldirektor der Steuern, der Herzoglich = Unhalt = Vernburgischen, imgleichen der Herzoglich = Unhalt = Köthen schen und Unhalt = Dessausschen obersten Behörde, besonders verabredet werden.

Art. 8. In Abssicht der Dauer, der stillschweigenden Verlängerung und der Wiederaufhebung dieser Uebereinkunft, gelten die nämlichen Bestimmungen, (No. 1362.) welche

welche in Beziehung auf die Erneuerung des Vertrages wegen Anschließung der Herzoglich = Unhalt = Bernburgischen Lande an das Preußische indirekte Steuerspftem

in Unwendung kommen.

Art. 9. Da der ganze Inhalt der gegenwartigen Uebereinkunft, auf das Berhaltniß von Anhalt-Bernburg zu Anhalt-Rothen und Anhalt-Deffau, wie fich von felbst versteht, nur bann Unwendung findet, wenn die beiden letteren Staats = Regierungen fich benfelben burch geeignete Erklarungen aneignen, fo behalt Preußen sich vor, Ihre Herzoglichen Durchlauchten von Anhalt=Rothen und Anhalt = Deffau hiezu befonders einzuladen.

Gegenwartige Uebereinkunft soll unverzüglich zur Ratisikation vorgelegt und die Auswechselung der desfallsigen Urkunden spätestens binnen vier Wochen

bewirkt werden.

Bu Urkund beffen ift die Uebereinkunft von den beiberfeitigen Bevollmachtigten, unter Beidrückung ihrer Siegel, unterzeichnet worden.

Berlin, ben 17ten Dai 1831.

Albrecht Frdr. Eichhorn. Frdr. Wilh. Ludwig Frh. v. Salmuth. (L. S.) (L. S.)

Vorstehender, Koniglich = Preußischer Seits am 19ten Mai 1831. und Herzoglich = Anhalt = Bernburgischer Seits unterm 20sten Mai 1831. ratifizirter Staatsvertrag, wird hierdurch mit dem Bemerken gur offentlichen Renntniß gebracht, daß, dem im Urt. 9. enthaltenen Vorbehalte gemäß, Ihre Sochfürstlichen Durchlauchten, die Herzoge von Anhalt-Rothen und Anhalt-Deffau, mittelst Höchsteigenhandig resp. unterm 16ten und 15ten Marz 1832. vollzogener Urkunden, den Beitritt Seiner Hochfürstlichen Durchlaucht des Herzogs von Anhalt = Bernburg zu bem unterm 17ten Juli 1828. abgeschloffenen Staates Bertrage, mit dem Bersprechen afzeptirt haben, die Uebereinkunft vom 17ten Mai 1831., in Absicht aller Berbindlichkeiten, welche Hochst Denenselben banach obliegen, genau in Ausführung bringen zu laffen.

Berlin, ben 31sten Mai 1832.

Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

Gichhorn. fichen und Anhair Deffnufchen pheisten Bebeide, besonders werntrebet wer

ber Militarangliebung biefer Uelerenauffe, gelten bie namliden Bailerfnungen,